

**Johannes Rauch**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.102.174

Wien, 20.3.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 17668/J der Abgeordneten Peter Wurm, Walter Rauch, Peter Schmiedlechner, Christian Ries betreffend HP-Chef gibt offen zu, eigene Drucker unbrauchbar zu machen** wie folgt:

**Frage 1:**

- *Kennen Sie als zuständiger Konsumentenschutzminister bzw. kennt das BMSGPK die im Einleitungstext zitierte, konsumentenschädliche Vorgangsweise des PC- und Druckerhersteller Hewlett-Packard (HP)?*

Die zitierte Vorgangsweise des PC- und Druckerherstellers Hewlett-Packard (HP) ist dem BMSGPK grundsätzlich bekannt.

**Fragen 2 und 3:**

- *Wie werden Sie als zuständiger Konsumentenschutzminister bzw. wie wird das BMSGPK auf diese konsumentenschädliche Vorgangsweise des PC- und Druckerhersteller Hewlett-Packard (HP) reagieren?*

- *Werden Sie als zuständiger Konsumentenschutzminister bzw. wird das BMSGPK den Verein für Konsumenteninformation (VKI) einschalten, um hier ein Rechtsverfahren gegen den PC- und Druckerhersteller Hewlett-Packard (HP) einzuleiten?*
  - a. *Wenn ja, bis wann wird ein solches VKI-Rechtsverfahren eingeleitet werden?*
  - b. *Wenn nein, warum wird kein solches VKI-Rechtsverfahren eingeleitet?*

Der Klagswerkvertrag mit dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) ist ein wichtiges und etabliertes Instrument zur Durchsetzung von Verbraucherrechten bei konsumentenschädlichen und rechtswidrigen Vorgangsweisen und bietet daher auch in diesem Fall den Rahmen für ein mögliches Vorgehen.

Hinsichtlich der vom VKI im Rahmen des Klagsprojekts mit meinem Ressort geführten Verfahren weise ich darauf hin, dass auf der Website [verbraucherrecht.at](https://www.verbraucherrecht.at) transparent über die Aktivitäten des VKI im Zusammenhang mit Verbandsklagen bzw. Abmahnverfahren informiert wird. Über laufende Verfahren wird dabei aus prozessrechtlichen (inklusive kostenrechtlichen) Gründen nur teilweise bzw. erst in einem späteren Verfahrensstadium informiert.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

